

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

52

II. Ausgabe.

Wien, am 21. Februar 1933.

Die Verhandlungen mit dem Personal der Strassenbahnen abgeschlossen.

Am 20. Jänner hat die Gemeinde die Oeffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt, dass bei der Strassenbahn für das Jahr 1933 ein so grosser Gebarungsabgang zu erwarten ist, dass er die regelmässige Auszahlung der Gehalte und Löhne gefährdet. Die Gemeinde hat mitgeteilt, dass sie sich leider gezwungen sehen wird, eine Tarifierhöhung vorzunehmen, dass sie aber auch an das Personal herantreten müsse, um eine Senkung der Gehalte und Löhne herbeizuführen, und dass die Strassenbahn nicht mehr in der Lage sein werde, den städtischen Angestellten die bisherigen Fahrbegünstigungen zu belassen.

Die Verhandlungen, die seit dieser Veröffentlichung, also einen Monat lang, geführt wurden, sind nunmehr zum Abschluss gelangt. Das Personal hat weitgehendes Entgegenkommen bewiesen. Die Bediensteten der Strassenbahn haben sich entschlossen, eine sechsprozentige Kürzung ihrer Bezüge und eines Teiles der Zulagen als Krisenopfer zuzugestehen. Bisher hat das Unternehmen für sie auch die Einkommensteuer getragen. Sie haben nunmehr zugestimmt, künftig $\frac{2}{3}$ der Einkommensteuer selbst zu bezahlen. Die gesamte Personallast für die Bediensteten der Strassenbahn wird dadurch um 5,9 Prozent gesenkt.

Die Beamten der Strassenbahn haben sich einverstanden erklärt, dass der Bezug der Verwendungszulagen, die an achtzig Prozent aller Beamten zur Auszahlung gelangten, eingestellt werde und dass von allen Gebührenpauschalien, die infolge der langen Betriebszeit bei der Strassenbahn notwendig sind, gegenüber dem Vorjahr insgesamt 20 Prozent gestrichen werden. Ferner werden die Gehalte der Beamten um drei einhalb Prozent gekürzt. Die Kürzung wird zur Gänze bei den Sonderzahlungen hereingebracht. Auch die Bezüge der pensionierten Beamten werden um sechs Prozent vermindert. Sowohl bei den Bediensteten als bei den Beamten wird, da in beiden Gruppen infolge der Verkehrsverminderung Personalüberstände bestehen, ein Teil der Gehaltssenkung durch Gewährung von freien Tagen vergütet, sodass also die Massnahmen zugleich als Kurzarbeit wirken, durch die ein Abbau der Personalüberstände vermieden werden soll.

Gleichzeitig soll die Reform der Pensionskasse der städtischen Kollektivverträger, in der die Strassenbahnbediensteten den grössten Teil der Mitgliedschaft ausmachen, durchgeführt werden. Das ist notwendig, weil die Strassenbahn nicht mehr in der Lage ist, wie bisher dieser Kasse grosse Zuschüsse zu leisten. Die Ordnung der finanziellen Verhältnisse der Pensionskasse erfordert Beihilfe sowohl der aktiven Mitglieder wie der Pensionisten und der Unternehmungen selbst. Die Unternehmungen werden zur Reform der Pensionskasse dadurch beitragen, dass die drei grossen Unternehmungen der Stadt, Strassenbahn, Gaswerk und Elektrizitätswerk, jährlich je 700.000 Schilling zum Pensionsaufwand beitragen, und zwar solange, bis die Hälfte des Aufwandes für die Altpensionisten damit gedeckt ist. Sodann übernehmen die Unternehmungen fortlaufend die Zahlung des halben Aufwandes für die Altpensionisten. Die aktiven Mitglieder sollen zur Konsolidierung der Kasse die Gehaltserhöhung bei jeder Zeitvorrückung abzüglich der Pensionsbeiträge ein Jahr hindurch an die Kasse einzahlen. Die Unternehmungen haben die gleiche Verpflichtung für jede Gruppenüberreihung übernommen. Die Pensionisten der Kasse haben bisher schon von ihren Bezügen einen Abstrich von drei Prozent erfahren. Sie sollen nun, um die Kasse und damit ihre Pensionen für die Zukunft sicherzustellen, einen Beitrag von weiter-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

ren fünf Prozent übernehmen, sodass sich in Hinkunft eine achtprozentige Kürzung der Pensionen ergibt. Dieser neue Beitrag soll jedoch bei allen Pensionen unter 170 Schilling monatlich nicht wirksam werden, wenn die Pensionspartei Familienerhalter ist. Ferner soll auch bei alleinstehenden Pensionsparteien keine weitere Kürzung erfolgen, wenn der Bezug 100 Schilling im Monat nicht übersteigt. Bei künftigen Pensionierungen kann die achtprozentige Kürzung vermindert werden, wenn der pensionsberechtigte Angestellte über seine jetzige Dienstzeit hinaus dient, und zwar für jedes Jahr um 1'6 Prozent. Dadurch soll vermieden werden, dass die Zahl der Pensionsparteien so wächst, dass die Kasse neuerlich gefährdet wird. Alle Kürzungen mit Ausnahme der Pensionskürzungen der Bediensteten gelten als Krisenmassnahmen nur bis Ende 1933. Die Gemeinde nimmt ferner in Aussicht, die Zahlung für die Arbeitslosenfahrtscheine, für die bisher 50.000 Schilling im Budget eingestellt sind, in bedeutendem Ausmasse zu erhöhen. Eine Vorlage bezüglich der Kürzung der Fahrbegünstigung der städtischen Angestellten und der Angehörigen der Strassenbahnangestellten wird den Gemeinderatskörperschaften ebenfalls vorliegen. Für die städtischen Funktionäre (Gemeinderäte, Bezirksvorsteher, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Fürsorgeinstitutsvorsteher und deren Stellvertreter) wird die bisherige Freifahrt eingestellt.

Es ist anzuerkennen, dass es gelungen ist, die für die Entlastung der Strassenbahn und der Pensionskasse notwendigen Massnahmen im vollen Einvernehmen mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen abzuschliessen und durchzuführen. Die Zuführung von neuen Mitteln für die Strassenbahn, die ebenso notwendig sind, erfolgt durch eine Regulierung der begünstigten Tarife der städtischen Strassenbahnen. Nach dem neuen Tarif bleibt der Tagesfahrtschein von 32 Groschen unverändert, der Preis des im Vorverkauf erhältlichen Tagesfahrtscheines wird von 30 auf 31 Groschen erhöht, die anderen Einzelfahrtscheine um 2 Groschen je Fahrt verteuert. Der Preis der Wochenkarte wird von 1 Schilling 90 Groschen auf 2 Schilling 10 Groschen, der Streckenkarten von derzeit 13, 16 und 19 Schilling auf 15, 18 und 21 Schilling, der Monatsnetzkarte von 32 auf 35 Schilling und der "4 Tage Wien Karte" von 5 auf 6 Schilling erhöht. Im Autobusbetrieb wird der Fahrpreis für jede Kartengattung um 5 Groschen erhöht; beim Nacht-tarif soll jede Teilstrecke künftig 25 Groschen kosten.

Diese Massnahmen werden in den Gemeinderatskörperschaften am Mittwoch, Donnerstag und im Gemeinderat selbst am Freitag zur Beschlussfassung gelangen.

.....

Die Grippe in Wien.

Seit dem letzten Bericht über die Zahl der Grippekranken in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten ist die Zahl der Erkrankungen an Grippe gesunken. Heute befinden sich in allen Wiener öffentlichen Krankenanstalten insgesamt 273 Grippekranke, während am 13. Februar in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten 314 Grippekranke waren.

.....

Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am kommenden Freitag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

.....